

## SWR erteilt Stiftung Absage

### Weitere Gespräche über die Orchesterfusion.

Der Südwestrundfunk (SWR) will sich nicht an einer möglichen Stiftung, mit deren Hilfe die Eigenständigkeit des SWR-Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg bewahrt werden könnte, beteiligen. Der Intendant des Senders Peter Boudgoust sieht ungeachtet der Realisierbarkeit des Stiftungsmodells eine Mitträgerschaft dieser durch seinen Sender als "juristisch hochproblematisch" an. Die Freiburger Landtagsfraktionsvorsitzende der Grünen, Edith Sitzmann, die südbadischen Landtagsabgeordneten Christoph Bayer (SPD) und Ulrich Lusche (CDU) hatten sich in Stuttgart mit dem Intendanten und Hörfunkdirektor Gerold Hug sowie Vertretern des Freundeskreises des SWR Sinfonieorchesters getroffen, um über die Zukunft des Radio-Sinfonieorchesters Stuttgart des SWR (RSO) und des SWR Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg (SO) zu sprechen.

Bekanntlich will der SWR seine beiden großen Sinfonieorchester in Stuttgart und Freiburg 2016 in der Landeshauptstadt aus Spargründen fusionieren. Ziel sei, "ein künstlerisch herausragendes Rundfunksinfonieorchester zu schaffen", so Boudgoust. Die Sicherheit der Arbeitsplätze der Musikerinnen und Musiker habe für ihn überdies höchste Priorität. Beim Stiftungsmodell, das der Freiburger Verwaltungsrechtler Friedrich Schoch, der Freundeskreis und eine große Mehrheit der Freiburger Orchestermusiker favorisieren, sieht Boudgoust derzeit keine ausreichenden Zusagen des Landes und der Gebietskörperschaften vorliegen. Gleichwohl dankte der Intendant dem Freundeskreis für seinen Einsatz für den Erhalt um den Erhalt des SWR-Sinfonieorchesters.

Schoch zeigte sich vom Ergebnis des mehrstündigen Gesprächs nicht überrascht. Gegenüber der BZ sagte er am Sonntag: "Eine Beteiligung des Senders an der Stiftung war von Anfang an nur eine Option." Es gebe noch immer ernst zu nehmende Signale aus Landes- und Kommunalpolitik pro Stiftung. Und der Intendant habe ihm in dem Gespräch deutlich signalisiert, dass der SWR im Falle des Erhalts des Orchesters durch andere Träger bereit sei, sich mit einem signifikanten Betrag degressiv bis 2025 zu beteiligen. In den kommenden Tagen wollen Schoch und Vertreter des Freundeskreises weitere Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern über die Machbarkeit des ursprünglich angedachten Stiftungsmodells, vergleichbar dem der Bamberger Symphoniker in Bayern, führen.